

Der Schandfleck

Unter elenden Bedingungen vegetieren Zehntausende Flüchtlinge und Migranten in Lagern auf griechischen Inseln dahin. Warum unternimmt die EU, Hüterin der Menschenrechte und Trägerin des Friedensnobelpreises, nichts dagegen?

VON ROBERT TREICHLER UND CHRISTOPH ZOTTER



Die griechische Insel Lesbos in der östlichen Ägäis ist nicht einmal halb so groß wie das Burgenland. Dennoch wird dort und auf vier weiteren, noch kleineren Inseln etwas Bedeutsames entschieden, das weit über die fünf Flecken Land im Mittelmeer und über Griechenland hinaus reicht und die gesamte Europäische Union betrifft: Haben die schwächsten Bewohner der EU ein Recht auf menschenwürdige Behandlung?

Man kann diese Frage auf zwei Arten beantworten.

Entweder man bemüht den Artikel 2 des Vertrags über die Europäische Union, in dem die Grundwerte genannt werden, auf die sich die Union stützt. Der erste ist „die Achtung der Menschenwürde“. In diesem Fall lautet die Antwort: Ja, sie haben dieses Recht.

Oder man fährt nach Lesbos und begibt sich dort nach Moria, wo ein Flüchtlingslager knapp 20.000 Menschen beherbergt – wobei der Begriff „beherbergen“ denkbar irreführend ist. Unter welchen Umständen Asylwerber, die sich in der Obhut eines Mitgliedsstaates der EU befinden, hier leben müssen, beschreibt die Reportage ab Seite 47. Schwer Kranke Menschen erhalten keine medizinische Behandlung, Familien müssen bei winterlichen Temperaturen ohne Heizung in Zelten ausharren, es gibt keinen Schutz vor Kriminalität. Das Lager, das ursprünglich für 3000 Insassen gedacht war, ist für fast sieben Mal so viele Menschen zu einem Alptraum geworden.

Nun kann es vorkommen, dass eine akute Krise schlimme Zustände mit sich bringt, doch das ist hier nicht der Fall. Die Lage in Moria und in den anderen Camps auf den Inseln ist seit Jahren unerträglich. Auch in den Wintern der Jahre 2017 und 2018 saßen hier die Menschen in der Kälte, konnten sich weder wärmen noch waschen und wurden krank. Von Achtung der Menschenwürde kann keine Rede sein. Angesichts dessen muss die Antwort auf die oben gestellte Frage wohl lauten: Nein.

Wie kann es sein, dass die griechische Regierung und auch die Europäische Union dulden, dass ein existenzielles Grundrecht auf ihrem Territorium mit Füßen getreten wird?

Die Lager auf den griechischen Inseln sind „das alleinstehend wichtigste akute Grundrechtproblem in Europa“, sagt Katarina Lughofer, Projektmanagerin der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA), die ihren Sitz in Wien hat. Die Aufnahmezentren sind überfüllt, es fehlt an allem: Unterkünften, Ärzten, Wasser. „Die Situation wird schlimmer und schlimmer“, so die Expertin für Migrationsmanagement. Niemand zweifelt an diesem Befund. Ebenso unstrittig ist, dass das Problem lösbar wäre. Insgesamt rund 40.000 Menschen, die auf den fünf Inseln hausen müssen, vernünftig unterzubringen und zu versorgen, kann für den reichsten Kontinent der Welt keine unüberwindliche Herausforderung darstellen.

Warum also sehen Athen und Brüssel zu, wie sich Teenager in Moria aus Verzweiflung die Arme aufritzen, Eltern ihre Kinder nicht wärmen können und

Asylwerber kein ordentliches Asylverfahren bekommen?

Was auf den griechischen Inseln passiert, ist so etwas wie der Epilog der Flüchtlingskrise des Jahres 2015. Damals stand Europa unter Schock: Mehr als eine Million Flüchtlinge und Migranten, darunter viele aus dem Bürgerkriegsland Syrien, aber auch aus Afghanistan, dem Irak, Albanien, Kosovo und afrikanischen Ländern, wanderten ein, und der Strom schien kein Ende zu nehmen. Durch die De-facto-Schließung der Grenzen entlang der Balkanroute und mithilfe des EU-Türkei-Deals im März 2016 entspannte sich die Situation.

Der EU-Türkei-Deal ist bis heute in Kraft, allerdings funktioniert er nur zum Teil. Die Türkei gewährt mehr als drei Millionen Syrern Aufenthalt auf ihrem Staatsgebiet und erhält von der EU Zuwendungen in Milliardenhöhe, um die Kriegsvertriebenen zu versorgen. Im Gegenzug verpflichtete sich die Regierung in Ankara, Flüchtlinge zurückzunehmen, die über das Meer nach Griechenland gelangen – wenn es sich um Syrer oder auch um Personen handelt, die in der EU kein Asyl bekommen. Das funktioniert gar nicht, aber daran ist nicht die Türkei schuld.

Fast keine Bootsflüchtlinge, die auf Lesbos und anderen griechischen Inseln anlanden, werden von den griechischen Behörden rückgeführt. 2016, im ersten Jahr des Abkommens, waren es immerhin 801 Personen, im vergangenen Jahr nur noch 195. Stattdessen müssen die Migranten monatelang auf den Inseln ausharren, ohne dass ihr Asylverfahren beginnt. Die Behörden haben zu wenig Personal und sind schlicht überfordert.

Solange die Zahl der ankommenden Boote gering war, fiel die Untätigkeit nicht groß ins Gewicht. Waren die Lager voll, wurden die Asylwerber auf das Festland überstellt. Bis 2017 lief ein Verteilungsprogramm der EU, mithilfe dessen insgesamt 22.000 Asylberechtigte von EU-Staaten aufgenommen wurden. Nur vier Staaten verweigerten dies – darunter Österreich.

Angesichts der drei Millionen Syrer in der Türkei war die EU heilfroh, von größeren Migrationsströmen verschont zu bleiben. Dass Griechenland bald wieder leicht steigende Flüchtlingszahlen verzeichnete, versuchten die Unionsstaaten mittels finanzieller Zuwendungen vergessen zu machen.

Die Griechen sollen sich um das Flüchtlingsproblem kümmern, dafür kriegen sie genügend Geld. So sieht es zumindest die EU-Kommission. Sie verkündet immer wieder stolz, dass von 2015 bis Februar 2020 rund 2,2 Milliarden Euro für Griechenland bereitgestellt wurden, um das dort bestehende Migrationsproblem besser zu verwalten. Das wären rund 440 Millionen Euro im Jahr. Um diese Summe müsste es eigentlich möglich sein, ein paar Tausend Menschen auf den griechischen Inseln aus ihren Zelten in Container umzusiedeln.

Nur: Was von den Milliarden überhaupt ankommt, ist unklar.

Auf profil-Anfrage schickte die Kommission eine sieben Seiten lange Auflistung der Summen und ►



DAS LEBEN IM LAGER MORIA AUF DER INSEL LESBOS
„Die Situation wird schlimmer und schlimmer.“

Projekte. Daraus geht hervor, dass von den bereitgestellten 2,2 Milliarden Euro nur rund 1,6 Milliarden auch ausgezahlt wurden. Gerade einmal 277 Millionen gingen an griechische Behörden, davon wiederum lassen sich anhand der von der Kommission übermittelten Unterlagen nur 19,2 Millionen definitiv einer Besserung der Lebensumstände auf den ägäischen Inseln zuordnen.

Zum Vergleich: Die griechische Küstenwache bekam im selben Zeitraum aus den EU-Fonds für das Migrationsmanagement rund 40 Millionen Euro zur Grenzsicherung; die griechische Polizei ließ sich für drei Millionen Euro ihre IT-Systeme upgraden, um Migranten besser registrieren zu können. Die EU-Betrugsbehörde Olaf befasst sich mit einem Fall, bei dem der griechische Verteidigungsminister rund 50 Millionen Euro an EU-Geldern zum Bau von Flüchtlingsunterkünften an befreundete Unternehmer vergeben haben soll. (Es gilt die Unschuldsvermutung.)

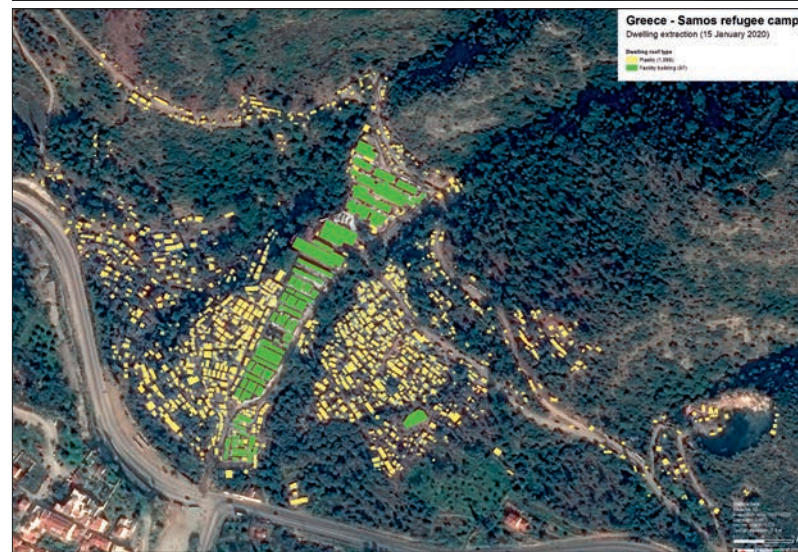
Der größte Teil der EU-Gelder landete allerdings bei internationalen Hilfsorganisationen wie dem UN-Flüchtlingshochkommissariat Unhcr, der Internationalen Organisation für Migration (IOM), aber auch bei privaten NGOs wie dem Arbeiter-Samariter-Bund oder Oxfam – insgesamt rund 1,3 Milliarden Euro. Diese kümmern sich nicht nur um die Flüchtlinge auf den ägäischen Inseln, sondern um alle derzeit mehr als 100.000 Migranten, die sich in Griechenland befinden: Sie mieten Unterkünfte an, bauen Asylzentren, organisieren Schultransporte für die Kinder, verteilen Essen und Wasser oder helfen mit Bargeld aus.

Wie viel von den EU-Geldern über die NGOs in den Elendslagern auf Lesbos oder Moria landet, ist aus den Kommissionspapieren nur schwer herauszulesen. Für Maßnahmen, um das Elend auf den ägäischen Inseln zu lindern, lassen sich gerade einmal 20,84 Millionen Euro definitiv nachweisen.

So ist die Lage heute nahezu hoffnungslos. Trotz hohen finanziellen Aufwands funktioniert die Grundversorgung von Migranten nicht überall, Griechenland verfügt über kein funktionsfähiges Asylsystem mit genügend Beamten. Die Unterkünfte in den Lagern sind völlig unzureichend; Rückführungen in die Türkei gibt es keine. Ergebnis: die Katastrophe von Lesbos.

2019 kamen mehr als 74.000 Migranten nach Griechenland. Zum Vergleich: Österreich erreichte den höchsten Wert von mehr als 88.000 im Jahr 2015. Längst ist klar, dass der vergleichsweise arme Ägäis-Staat trotz EU-Geldern keine Chance hat, mit dieser Zahl an Asylwerbern klarzukommen – schon gar nicht, solange die Migranten auf den Inseln festgehalten werden, deren Infrastruktur nie ausreichen wird. Oder steckt, wie manchmal vermutet wird, hinter der erbärmlichen Behandlung der Menschen ein perfider Plan? Dient die monatelange Tortur in überfüllten Lagern der Abschreckung?

Wenn es so sein sollte, dann geht dieses Kalkül nicht auf: Die Zahl der ankommenden Bootsflüchtlinge in Griechenland hat sich von 2018 auf 2019 verdoppelt. Auch die Theorie des Pull-Faktors, wonach die Chance auf Asyl in Mittel- und Nordeuropa



„OXI“ (NEIN) – PROTEST GEGEN DIE ERRICHTUNG EINES NEUEN LAGERS AUF CHIOS (o.); AUSBREITUNG DES LAGERS AUF SAMOS (u.) Grün markiert sind die eigentlichen Flüchtlingsunterkünfte, gelb die in der Not selbst errichteten Behausungen.

mehr Migranten anziehe, hält der Realität nicht stand. 2017, als die Verteilung der Flüchtlinge von Griechenland in die EU-Staaten noch funktionierte, war die Zahl der Bootsflüchtlinge am niedrigsten.

Was also tun?

Die konservative griechische Regierung steht schwer unter Druck und will zu den schärfsten Mitteln greifen, möglicherweise auch zu illegalen. Eine schwimmende Barriere im Meer soll Bootsankünfte verhindern. Damit würde das Bild von der „Festung Europa“ erstmals auch im Wasser verwirklicht. Dass dies mit EU-Recht vereinbar wäre, bezweifelt der grüne EU-Parlamentarier Erik Marquardt. „Damit soll offenbar der Zugang zu Asylverfahren behindert werden. Das wäre verboten. Wir prüfen gerade, gegen welche weiteren Rechtsnormen diese Barrieren verstoßen“, sagt Marquardt (siehe auch Interview Seite 48).

Außerdem ist geplant, Migranten auf den Inseln in geschlossene Containerdörfer zu sperren, die sie nicht verlassen dürfen. Das wiederum ist laut griechischem Recht möglich, allerdings nur für wenige Wochen. Schließlich plant die Regierung in Athen, in diesem Jahr nicht weniger als 10.000 Menschen in die Türkei abzuschieben. 2019 waren es lediglich 195, und es ist völlig unklar, wie der enorme Zu-

wachs bei gleichem Asylsystem klappen soll.

Die Gefahr ist groß, dass alles so bleibt, wie es ist – also unzumutbar.

Verstößt Griechenland durch die fortgesetzte Vernachlässigung der Asylwerber gegen den EU-Vertrag? Hält sich ein EU-Staat nicht an die Regeln, schreitet normalerweise die EU-Kommission ein. „Ein Vertragsverletzungsverfahren wegen Verletzung von Grundrechten, wie sie in der Grundrechte-Charta verankert sind, durch einen Mitgliedsstaat, konkret Griechenland, kann entweder die Kommission oder ein anderer Mitgliedsstaat einleiten“, erklärt der Innsbrucker Europarechtler Walter Obwexer gegenüber profil.

Doch in Wahrheit wollen die europäischen Regierungen vor allem keinen Skandal um die Flüchtlinge, denn dann würde rasch offensichtlich, dass sie allesamt gescheitert sind. Lesbos und andere Orte waren als sogenannte „Hotspots“ vorgesehen, um Registrierung, Erstaufnahme und Rückweisung von Flüchtlingen zu bewerkstelligen. Dass all das bei relativ niedrigen Flüchtlingszahlen nicht funktioniert, bedeutet eine Niederlage für die gesamte EU.

Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz vertritt seit Jahren die Theorie, dass geschlossene Grenzen, Abschreckung und die Verhinderung einer Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der EU die Lösung der Migrationskrise seien. Er war einer der ersten europäischen Politiker, die sich dafür aussprachen, die Menschen auf Inseln wie Lesbos festzuhalten. Doch in konkreten Situationen wie der aktuellen greift das nicht. Die Menschen sind bereits hier – weder geschlossene Grenzen noch Abschreckung noch das Fehlen von Resettlement-Programmen konnten sie abhalten.

Will die Europäische Union, Hüterin der Menschenrechte und Trägerin des Friedensnobelpreises 2012, gleichgültig zusehen, wie 40.000 Flüchtlinge und Migranten qualvollen Lebensbedingungen ausgesetzt bleiben – noch dazu mit der Rechtfertigung, ihre Versorgung, Unterbringung und Verteilung innerhalb der Union würde mehr Asylsuchende anziehen? Kann eine Staatengemeinschaft mit einer halben Milliarde Einwohner ernsthaft so argumentieren?

Was für eine Schande wäre das!

Gerald Knaus, Vorsitzender der Europäischen Stabilitätsinitiative (ESI) und Architekt des EU-Türkei-Deals, sieht im Gespräch mit profil nur einen vernünftigen Ausweg. Ab einem – noch festzulegenden – Stichtag müsste in Griechenland ein effizientes Asylsystem installiert werden, das wesentlich durch Beamte etwa aus Deutschland und anderen EU-Nationen getragen würde. Die aktuellen 40.000 Bewohner der Flüchtlingslager müssten auf das Festland gebracht und zu einem Teil schließlich auf willige EU-Staaten verteilt werden.

Damit würden die Lager auf Lesbos und den anderen Inseln keine Orte inhumaner, staatlich verschuldeter Vernachlässigung bleiben. Auf die Frage „Haben die schwächsten Bewohner der EU ein Recht auf menschenwürdige Behandlung?“ würde die Antwort dann wieder lauten: Ja.

„Den ganzen Tag sind wir mit Überleben beschäftigt“

Schwerkranke Kinder ohne medizinische Versorgung. Familien ohne festes Dach über dem Kopf. Kein Wasser, kein Strom, keine warmen Mahlzeiten. 42.000 Flüchtlinge werden in heillos überfüllten Camps auf den Ägäischen Inseln festgehalten – unter katastrophalen Bedingungen.

VON FRANZISKA
GRILLMEIER,
LESBOS

Ein Vater steht an der Küste von Lesbos. Er hat keine Augen für die Wellen, auch nicht für die qualmenden Olivenbaumfelder. Er hält seine sechs Jahre alte Tochter auf dem Arm. Vor ihm geht sein elf Jahre alter Sohn zu Boden und ringt nach Luft. Jetzt lässt sich auch der Vater auf die Knie fallen, das Gesicht von Tränen verschmiert.

„Wir sind nicht für Brot, Kleidung oder Geld nach Europa geflohen. Ich wollte, dass meine Kinder den Sinn des Daseins spüren können“, sagt der Mann aus Herat in Afghanistan, der Stadt der Poeten und Musiker: „40 Jahre lang hatte ich keine Aussicht auf ein echtes Leben, aber ich sagte mir, meine Kinder müssen diese Chance bekommen!“

Mit seinen breiten Händen schützt er seine sechsjährige Tochter. Hinter ihm knallt es, immer wieder schießt die Polizei Tränengassalven in die Olivenbaumfelder, wo Demonstranten versuchen, sich einen Weg zu bahnen. 2000 Menschen wollen von Moria, wo die Flüchtlinge leben, weiter in die Hafenstadt Mytilini, um gegen die Verschärfung des Asylrechts und die Unsicherheit im Camp zu protestieren. Die Polizei zeigt Härte und schreckt auch davor nicht zurück, Kleinkinder und ältere Menschen auf Krücken mithilfe von Tränengas zurückzudrängen.

Der Sohn hat dem Geschrei der Menge den Rücken zugewandt. Suchend sieht er in die Weite, als wolle er die Umgebung nach einem Stück Sicherheit abtasten. „Wenn Europa die Menschenrechte wirklich verteidigen will, dann beendet bitte dieses Leid! Und wenn das nicht geht, deportiert uns“, ruft der Vater und wiederholt: „Deportiert uns!“

Langsam steht er auf und zieht seinen Sohn mit sich in die Höhe. „Ich muss meine Frau finden“, sagt er: „Sie ist irgendwo da drin. Unser Baby ist erst ein paar Tage alt.“ Mittlerweile hat die Polizei die Straße verbarrikadiert. Die Feuerwehr ist herbeigeeilt, um die Brände in den Feldern zu löschen. Dahinter schießt die Polizei weitere Salven Tränengas in die Menge. Kinder, Männer auf Krückstöcken oder in Rollstühlen und Mütter mit Kinderwagen und ihren Pässen in der Hand laufen in alle Richtungen.

Ein paar Unerschrockene heben die zischenden Tränengasgranaten auf und schleudern sie zurück. Eine junge Frau hält ein Baby in die Luft und schreit: „Schaut, was ihr getan habt!“ Ihr Baby hat Schaum vor dem Mund. „Ich habe keinen sicheren Ort für sie, nirgends!“, klagt die Frau. Immer mehr Men-►



OLIVER HANSEN

„Schwimmende Barrieren sind mittelalterlich“

Der grüne Europaparlamentarier Erik Marquardt fordert, dass die EU-Kommission in der Flüchtlingsfrage ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland einleitet.

profil: Wie bewerten Sie die Lage auf den griechischen Inseln?

Marquardt: Es ist beschämend, den vierten Winter darüber zu reden, dass die Situation vollkommen menschenunwürdig ist. Die Hilflosigkeit der griechischen Regierung zeigt sich auch daran, dass sie sich in rechtspopulistische Rhetorik flüchtet, statt das Problem anzugehen.

profil: Dieses Problem ist auch ein europäisches. Was sollte die EU tun?

Marquardt: Man muss zusehen, wie man finanziell helfen kann. Das Geld der EU-Kommission sollte aber nicht nur irgendwo auf dem Festland ausgegeben werden, während die Bedingungen auf den Inseln immer schlimmer werden. Es verwundert sehr, dass dreistellige Millionenbeträge nach Griechenland fließen, die Notlage auf den Inseln aber unverändert bleibt. Da erwartet keiner ein Auto oder ein Haus, sondern lediglich, nicht in einem Zelt durch die Gegend zu schwimmen, wenn es regnet.

profil: Müsste die EU-Kommission mehr Druck ausüben?

Marquardt: Sie sollte ein Vertragsverletzungsverfahren einleiten, weil in Griechenland aufgrund von Push-backs (nicht rechtskonformen Abschiebungen, Anm.) der freie Zugang zu Asylverfahren vielfach nicht gegeben ist. Ich glaube aber auch, dass die Kommission wegen der Lebensbedingungen ein Vertragsverletzungsverfahren durchführen sollte – zum Beispiel, wenn es um die unbegleiteten Minderjährigen geht, für die nicht genügend rechtliche Vormünder bereitgestellt werden, in deren Verfahren Fristen nicht eingehalten werden und die vielfach ohne staatliche Unterstützung in überfüllten Camps leben müssen. Griechenland beabsichtigt offenbar nicht, die Situation selbst zu verbessern. Die neue EU-Kommission muss sich überlegen, was von den Sonntagsreden übrig bleibt, die sie hält. Es ist leider so, dass wir die Einhaltung der Menschenrechte in europäischen Staaten immer öfter vor Gericht

ten einklagen müssen.

profil: Die griechische Regierung denkt laut darüber nach, eine schwimmende Barriere zwischen den Inseln aufzubauen, um Migranten abzuhalten. Was halten Sie von dieser Idee?

Marquardt: Damit soll offenbar der Zugang zu Asylverfahren behindert werden. Das wäre verboten. Wir prüfen gerade, gegen welche weiteren Rechtsnormen diese Barrieren verstoßen – im Zweifel klagen wir. Die Idee ist völlig unredlich. Man merkt, dass die Leute sich gar nicht vorstellen können, wie es auf dem Wasser aussieht. Da kommt ein überfülltes Schlauchboot mit Menschen, die schon eine lebensgefährliche Flucht hinter sich haben. Vielleicht vor willkürlichen Verhaftungen in der Türkei fliehen. Was soll denn dann passieren? Sollen die einfach ertrinken? Oder wegtreiben, damit sie nicht mehr stören? Schwimmende Zäune klingen modern, sind aber mittelalterlich.

profil: Ein Argument von Befürwortern dieser und anderer Methoden zum Grenzschutz am Wasser lautet: Wenn es solche Zäune gibt oder auf die Seerettung verzichtet wird, würden viele Migranten diese gefährlichen Routen erst gar nicht versuchen. Am Ende würde das mehr Leben retten.

Marquardt: Die Abschreckung basiert dann darauf, dass einige sterben müssen, um andere abzu-

schrecken. Matteo Salvini (der ehemalige italienische Innenminister, Anm.) hat die Seerettung eine Zeit lang verhindert. In den Monaten darauf sind viele Menschen gestorben. Politik kann doch nicht den Tod von Menschen als Abschreckungsmaßnahme in Kauf nehmen. Wo soll das hinführen, wenn das Ziel ist, dass unsere Außengrenzen abschreckender sein müssen als

der Bürgerkrieg in Libyen, damit niemand mehr aus dem Bürgerkrieg flieht?

profil: Der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz sprach sich sehr früh dafür aus, die Asylverfahren auf Inseln wie Lesbos zu verlagern. Er propagierte das „australische Modell“, bei dem Migranten außerhalb des Staatsgebiets abgefangen werden und dann in Lagern auf Inseln auf ihre Asylverfahren warten – in der Praxis meist unter katastrophalen Bedingungen.

Marquardt: Die Situation ist komplexer, als Sebastian Kurz das leider meistens darstellt. Zwischen der Türkei und Griechenland liegen teilweise nur acht Kilometer, das heißt, die griechischen Gewässer beginnen schon nach vier Kilometern. Dort kann man den Leuten aber nicht einfach so verwehren, auf griechische und europäische Asylrechte zuzugreifen. Es gibt gewisse Standards: Die europäische Rechtsprechung verhindert, dass Flüchtlinge so behandelt werden wie in Australien. Es ist nicht die Aufgabe eines Bundeskanzlers, sich über das Recht zu stellen – auch wenn es sich schnittig anhört und ein paar Leute begeistert. Ein österreichischer Bundeskanzler hat schon die Verantwortung, auch Lösungen zu präsentieren, die funktionieren.

profil: Wie geht es Ihnen damit, dass die österreichischen Grünen nun mit Sebastian Kurz regieren?

Marquardt: Wenn das ein erfolgreiches Projekt werden soll, was ich mir sehr wünsche, muss man in bestimmten Fragen wie den Menschenrechten, die uns Grünen wichtig sind, auch die Stimme erheben und sichtbar sein. Aber ich muss da auch ein bisschen verständnisvoll sein – das war ja keine Liebeshochzeit, und die Koalition steht am Beginn ihrer Arbeit.

Erik Marquardt, 32

Der Deutsche ist Grün-Mandatar im EU-Parlament. Zuvor beschäftigte er sich als Aktivist und Fotograf mit Migration und Fluchtrouten. Zusammen mit dem Fernsehmoderator Klaas Heufer-Umlauf sammelte er rund 300.000 Euro für eine Seerettungsmission im Mittelmeer, die wegen Problemen beim Flottmachen des Schiffes jedoch nie auslief.

schen brechen am Straßenrand zusammen, während eine weitere Sondereinheit der Polizei mit Schlagstöcken gegen die Protestierenden vorrückt. Der Vater läuft an ihnen vorbei, mit seinem zitternden Sohn an der Hand und der Tochter auf dem Arm. Er überwindet die Feuerwehrrabsperzung und verschwindet im Getümmel.

Es ist Montag, der 3. Februar, der Tag, der die Stimmung auf Lesbos nachhaltig verändern wird. Und es ist auch der Tag, der das harte Durchgreifen der griechischen Regierung so gut wie kein anderer zeigt. Bisher haben die Asylwerber still gelitten. Schon lange gibt es in den witterungsfesten und kälteisolierten Containern im Camp für Neuankömmlinge keinen Platz mehr. Sie müssen ihre Zelte in den umliegenden Olivenhainen aufschlagen. Dabei wird nicht unterschieden, ob es sich um schwangere Frauen, Minderjährige oder Menschen im Rollstuhl handelt. Abgeschnitten von Wasser, Toiletten und Stromversorgung, müssen sie alle nach der Ankunft in Europa um das Überleben kämpfen.

Derzeit drängen sich auf den Inseln Lesbos, Chios, Samos, Kos und Leros laut dem UN-Flüchtlingshilfswerk 42.000 Menschen – und das auf einem Gelände, das nur für 6200 Personen ausgelegt ist.

Die griechische Regierung reagiert auf den Anstieg der Flüchtlingszahlen mit immer drastischen Maßnahmen. Bis zum Sommer will sie auf den fünf ägäischen Inseln geschlossene Camps für die Geflüchteten errichten. Dort sollen 20.000 Personen unterkommen. Die andere Hälfte soll zügig abgeschoben werden. Kurz nach dem Protest am vergangenen Montag kündigte Migrationsminister Notis Mitarakis an, dass jede Woche bis zu 200 Menschen in die Türkei rückgeführt werden sollen – obwohl in den vergangenen Jahren kaum jemand dorthin gebracht werden konnte, weil die Türkei für viele kein sicheres Drittland ist.

Mehrmals pro Woche ab etwa fünf Uhr früh erleben die Campbewohner von Moria, was der rasante Anstieg der Abschiebungen bedeutet: Familien werden seit Anfang des Jahres von der Polizei abgeholt; sogar Kinder kommen in Schubhaft. Die griechische Asylbehörde hat jedoch nicht ausreichend Personal, um die Rechtmäßigkeit von so vielen Abschiebungen in so kurzer Zeit ausreichend zu prüfen. Manchmal scheitert ein Asylantrag daran,

„Wie soll ich sie warm halten? Ich frage dich, wie? Wir haben ja nicht einmal eine Decke für sie.“

Ein Vater über seine drei Jahre alte, kranke Tochter

dass kein Übersetzer verfügbar ist oder die Sicherheitslage in Afghanistan als „genügend“ eingestuft wird. Nichtregierungsorganisationen, die Rechtsberatung anbieten, sind völlig überlastet.

Die Situation hat mit 20.000 Menschen allein auf der Insel Lesbos den Punkt erreicht, an dem das System kollabiert. Zu Beginn der vergangenen Woche warnte das UN-Flüchtlingshochkommissariat Unhcr vor einer Pandemie und rief dazu auf, das Camp schnellstmöglich zu evakuieren. Laut der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen (MSF) müssen 140 Kinder dringend herausgeholt werden, da sie spezielle medizinische Versorgung benötigen. Herzkrankheiten, Epilepsie und Diabetes können vor Ort nicht behandelt werden. Doch die Menschen stecken auf der Insel fest, bis ihr Asylantrag bearbeitet ist – und das zum Teil unter lebensgefährlichen Umständen, vor allem jetzt, im Winter.

Im Camp

Der 25-jährige Farad Adin*, der aus Angst, dass sein Asylantrag abgelehnt werden könnte, seinen echten Namen nicht nennen will, steht mit seinem Sohn auf dem Arm neben dem Sommerzelt, in dem seine Frau Nadia Adin gerade die dreijährige Alas* wickelt. Mit ihren Füßen schlägt das Kind so heftig gegen die Zeltplane, dass der verrostete Olivenkanister am Eingang samt Asche umkippt. Darin brennt nachts das getrocknete Holz von Olivenbäumen – die einzige Wärmequelle für die Familie. Elektrizität gibt es schon seit Monaten nicht mehr in den umliegenden Olivenbaumfeldern; die improvisierte Stromversorgung ist zusammengebrochen. Deshalb fehlt auch jede Möglichkeit, eine Warmflasche mit heißem Wasser füllen, Tee zu kochen oder das Handy zu laden.

Jede Nacht nässt Alas in das Zelt, sagt die Mutter; daher muss sie noch immer gewickelt werden. Stehen kann das Mädchen auch nicht, die Beine sind steif. Die Eltern müssen sie tragen. Entweder schreit Alas unentwegt, oder sie fixiert mit den Augen einen Punkt. Sie hat schon seit einigen Wochen aufgehört zu spielen. „Paracetamol“ steht auf dem Behandlungszettel als einzige Therapie. „Der Arzt sagte, wir sollten sie von der Kälte fernhalten, damit sich ihre Beine wieder entspannen,“ sagt Adin. Er ►



Menschen – Themen – Meinungen.

Jeden Montag Mittag live:
Radio Wien lädt profil ins Studio.





EIN VATER MIT SEINER TOCHTER UND SEINEM SOHN;
LAGER MORIA AUF LESBOS (u.)
„Ich wollte, dass meine Kinder den Sinn des Daseins
spüren können.“



fährt sich über das Gesicht und lacht bitter: „Wie soll ich sie warm halten? Ich frage dich, wie? Wir haben ja nicht einmal eine Decke für sie.“

Nebenan hämmert jemand. Zusammen mit ihrem Vater klopfen drei Kinder aus der syrischen Bürgerkriegsstadt Aleppo in Gummistiefeln und Windelhosen Nägel in alte Holzpaletten, um eine Holzkonstruktion rund um ihr kleines Zelt zu bauen. Es sind die kältesten Nächte des Jahres auf der Insel. Am Abend zuvor hat es geschneit.

„Den ganzen Tag sind wir mit Überleben beschäftigt“, sagt Adin: „Nicht einmal nachts kann ich die Augen schließen.“ Seine Fingerknöchel werden weiß, weil er die Klarsichtfolie mit den Unterlagen seiner Kinder und seiner Frau, die er immer mit sich trägt, fest umklammert. „Wir können nicht einmal den Reißverschluss an dem Zelt abschließen. Wie sollen wir da in Ruhe schlafen gehen?“

In den vergangenen Wochen hat sich die Sicherheitslage im Camp dramatisch verschlechtert. Mitte Jänner starb ein 20-jähriger Jemenite an den Folgen seiner Verletzungen; kurz zuvor war ein junger Kongolese bei einer Messerstecherei ums Leben gekommen. Jede Nacht kommt es zu gewalttätigen Übergriffen. Manchmal geht es nur darum, an Holzpaletten zu kommen oder das Handy an einer der Mehrfachsteckdosen im Camp-Inneren anzuschließen. „Die Menschen kämpfen um Ressourcen, um zu überleben“, erzählt Adin: „Es gibt keinen Ort, an dem man sich sicher fühlt – nicht einmal auf der Toilette.“

Als Unterkünfte dienen auf dem ehemaligen Militärgelände alte Container, dünne Zelte und Plastikplanen. Mehr als 10.000 Menschen, darunter ein Drittel Kinder, schlafen in den angrenzenden Olivenhainen. Reportern ist der Zugang zum eigentlichen Militärgelände verwehrt, doch geht man am schwer bewachten Vordereingang die betonierte Straße hinauf, kommt man nach den Dixi-Toiletten, der Wasserstelle und der ersten Reihe von Zelten zu den Hintereingängen von Moria. Es sind große Löcher im Stacheldrahtzaun, durch die Toilettenpapier und Essen gereicht werden und durch die auch Menschen das Lager betreten oder verlassen können.

Vor der Feldklinik von Ärzte ohne Grenzen stehen schon früh am Morgen Dutzende Menschen an. Ein Vater mit seinem Kind ist auf der kleinen Holzbank inmitten der Wartenden eingeschlafen. In einem der Container der Feldklinik sitzt Mathias Vermaelen auf einem Klappstuhl. Der junge Arzt macht noch schnell ein paar Notizen. Er ist schon auf dem Sprung zur nächsten Patientin. Die Klinik behandelt nur Kinder und Jugendliche bis zum Alter von 18 Jahren. Wegen der Temperaturen unter null leiden viele Kinder an Grippe, haben Gastritis oder Durchfall.

„Eines der größten Probleme ist jedoch der Anstieg chronischer Krankheiten, die wir nicht behandeln können, darunter Asthma, Epilepsie und Herzprobleme“, sagt Vermaelen. Auch die Feuer im Lager bergen Risiken. Vergangene Woche behandelte er ein Kind mit Verdacht auf Kohlenmonoxid-Vergiftung. Es war bewusstlos geworden, weil die Fa-

milie versucht hatte, sich in der Nacht mit Kohlen im Zelt warm zu halten.

„Die Patienten mit chronischen Krankheiten müssen dringend zur Behandlung auf das Festland gebracht werden“, sagt Vermaelen. „Die Kinder müssen in die Schule gehen, brauchen eine Umgebung, in der sie nicht ständig unter Angst stehen, sondern ungefährdet spielen können. Hier werden sie täglich aufs Neue traumatisiert. Sie spüren den Stress ihrer Eltern. Manche hören auf zu essen oder zu sprechen. Andere werden aggressiv oder fangen an, sich selbst zu verletzen.“

Seit Juli 2019 werden im Krankenhaus nur noch Notfälle angenommen. Vergangenen Sommer entzog die griechische Regierung Asylsuchenden sowie Personen ohne Papiere die Sozialversicherungsnummer und damit den Zugang zur öffentlichen Gesundheitsversorgung. Heute betrifft das in Griechenland laut der Hilfsorganisation Ärzte ohne Grenzen mehr als 55.000 Menschen, die ohne Behandlung auskommen müssen und sich keine Medikamente mehr leisten können.

Im Krankenhaus

Im Hafenkrankenhaus sind die Rollos der Empfangsfenster heruntergelassen. Astur Amburo* lehnt mit einer Dose Sprite in der Hand an der Wand gegen-

über dem Krankenschwesterbüro. Seit zehn Stunden ist sie hier im Spital. „Am Sonntag ist noch weniger Personal da als sonst“, sagt sie. Fast jeden Tag arbeitet Amburo im Krankenhaus, ehrenamtlich. Zwei Jahre lang hat sie in Mogadischu, Somalia, die Krankenpflegeschule besucht. Als Kämpfer der islamistischen Terrormiliz Al-Shabaab zwei ihrer Klassenkameradinnen auf dem Heimweg erschossen und wenig später auch Amburos Vater ermordet wurde, entschlossen sich die 23-Jährige und ihre Familie zur Flucht.

Vor knapp einem Jahr kam Amburo zusammen mit ihrer Mutter, ihren drei Schwestern und ihrer Nichte mit einem Schlauchboot auf der Insel an. Im Moment kümmert sie sich um drei somalische Patienten auf den Stationen. Ohne Amburos unermüdlicher Arbeit würden sie nicht behandelt. Der 24-jährige Kalin Aslam* ist an Lymphdrüsenkrebs erkrankt. Dreimal wurde er in das Spital eingeliefert, dreimal in sein Zelt in Moria zurückgebracht, weil er ohne Überweisung des Militärarztes nicht aufgenommen werden konnte. Schließlich brachten ihn Freunde einfach ins Hafenspital. „Wir konnten die Krankenhausleitung überzeugen, dass er hier bleiben kann“, sagt Amburo und stellt das Kopfteil seines Bettes waagrecht. „Wird er von den Maschinen getrennt, stirbt er in Moria – das wissen die Ärzte hier auch“, sagt sie: „Und er weiß es auch.“ n

* Die Namen aller Geflüchteten sind in diesem Text entweder auf ausdrücklichen Wunsch oder zu ihrem Schutz geändert.

zu mittagsblau

SAISON
19/20

in medias res

BEETHOVEN-FEST

FEBRUAR BIS MAI 2020

THEATER an der Wien

DAS OPERNHAUS

BEETHOVEN | AN DER WIEN | DENKEN
Ausstellung im Theatermuseum des Theater an der Wien
Ausstellungsdauer: 15. Februar bis 9. Mai 2020

Jost / Klimke
EGMONT
Michael Boder | Keith Warner
RSO Wien | Arnold Schoenberg Chor
Uraufführung: 17. Februar 2020
19., 21., 24., 26. Februar 2020 | 19.00 Uhr

LOOKING 4 LUDWIG
Stationenkonzert mit Musik von Ludwig van Beethoven
20., 23. Februar 2020, 19., 24., 26. März 2020 | 18.30 Uhr
23. Februar 2020 | 16.00 Uhr, 26. März 2020 | 21.00 Uhr

Trojan / Beethoven
EIN BRIEF / CHRISTUS AM ÖLBERGE
KONZERT
Dirk Kaftan | Beethoven Orchester Bonn
Chor und Extrachor des Theater Bonn
29. Februar 2020 | 19.30 Uhr

Theissing / Tornquist
GENIA*
George Jackson | Kateryna Sokolova
Wiener KammerOrchester
Uraufführung: 5. März 2020
8., 10., 12., 24., 29., 31. März 2020, 2. April 2020 | 19.00 Uhr

Beethoven
FIDELIO
Manfred Honeck | Christoph Waltz
Wiener Symphoniker | Arnold Schoenberg Chor
Premiere: 16. März 2020
18., 20., 23., 25., 27. März 2020 | 19.00 Uhr

Beethoven
EGMONT / EROICA
KONZERT
Ivor Bolton | Wiener Symphoniker | Marlis Petersen
9. Mai 2020 | 19.30 Uhr

*Theater an der Wien in der Kammeroper

www.theater-wien.at

vbw VEREINIGTE
BÜHNEN
WIEN
ein Unternehmen der **medienholding**

Stadt Wien Kultur

TRAVEL

Tageskasse: Mo-Sa 10-18 Uhr
Linke Wienzeile 6 | 1060 Wien
www.theater-wien.at

WIEN-TICKET.AT
58885
ein Unternehmen der **medienholding**